



## Entschließungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

### Faire Verteilung von Lasten für unser Gemeinwohl

zum Antrag der Fraktion der CDU, Konsequenzen rot-grüner Steuerpläne für Familien und Arbeitsplätze (Drucksache 18/1045(neu))

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest: Finanzpolitik in Deutschland steht vor der doppelten Aufgabe, die Schulden unseres Landes abzubauen und gleichzeitig vor allem in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz zu investieren. Dies lässt sich nicht mit Steuersenkungen vereinbaren.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Verschuldung der öffentlichen Hand trotz guter Konjunktur in den letzten Jahren weiter angestiegen ist. Der öffentliche Sektor lebt von seiner Substanz. Der Sanierungsstau auf allen Ebenen wächst stetig. Gleichzeitig waren private Vermögen noch nie so groß wie heute und sind immer ungleicher verteilt.
3. Der Landtag stellt fest, dass eine Neuverteilung der Gemeinwohlgkosten notwendig ist, ebenso wie eine gerechte Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengung müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen.
4. Der Landtag stellt fest, dass hierfür eine moderate Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer, eine Erhöhung des Aufkommens aus der Erbschaftsteuer und die Wiederbelebung einer Vermögensbesteuerung notwendig sind.

Gleichzeitig müssen ungerechte, ineffiziente und ökologisch schädliche Subventionen erheblich reduziert werden, beispielsweise durch den Abbau des Dienstwagenprivilegs oder zahlreicher Umsatzsteuerprivilegien.

5. Der Landtag stellt fest, dass die Akzeptanz für diese Maßnahmen davon abhängt, dass die Menschen sicher sein können, die dadurch erzielten Einnahmen auch tatsächlich nur und ausschließlich für die Senkung der Verschuldung und für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz genutzt werden.
6. Der Landtag stellt fest, dass auf Landesebene die Erhöhung der Grunderwerbsteuer, vorgezogene Investitionen im Rahmen sich bietender Spielräume und strikte Haushaltsdisziplin in allen Feldern notwendig sind, um Politik sozial gerecht, gesellschaftlich ausgewogen und nachhaltig zu gestalten.
7. Der Landtag stellt fest, dass eine gerechtere Gesellschaft auch eine wirtschaftlich erfolgreiche und solidarische Gesellschaft ist, in der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen partizipieren.

Beate Raudies  
und Fraktion

Rasmus Andresen  
und Fraktion

Lars Harms  
und die Abgeordneten des SSW